

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

20.7.1906 (No. 243)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 20. Juli.

№ 243.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

1906

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 26. Juni d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Oberleutnant zur See Hermann Ehrhardt das Ritterkreuz II. Klasse mit Schwertern des Ordens vom Jähringer Löwen und

dem Feuerwerksmaat Emil Frühe die silberne Verdienstmedaille am Bande des militärischen Karl-Friedrich-Ordens zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 10. Juli d. J. gnädigt geruht, den Notar Wendelin Friedmann in Eppingen in den Amtsgerichtsbezirk Mosbach, den Notar Ludwig Wassermann in Wertheim in den Amtsgerichtsbezirk Sinsheim und den Notar Franz Höfeler in Haslach in den Amtsgerichtsbezirk Wertheim zu versetzen.

Vom Justizministerium ist dem Notar Friedmann das Notariat Mosbach I, dem Notar Wassermann das Notariat Sinsheim I, dem Notar Miltner in Wertheim das Notariat Wertheim I, dem Notar Höfeler das Notariat Wertheim II zugewiesen worden.

Das Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 17. Juli 1906 den Gerichtsjahre August Rock beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Forzheim veretzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 14. Juli d. J. wurde Güterexpeditor Otto Setter in Mannheim nach Mannheim Rangierbahnhofs veretzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Welthandelsflotte.

Der soeben erschienene neueste Jahrgang des Nauticus enthält unter anderem wertvollen statistischen Material eine interessante Tabelle, die einen Ueberblick über die Entwicklung der Welthandelsflotte während des letzten Jahrzehnts, sowie über die in dieser Zeit eingetretenen Veränderungen in den Anteilsgrößen der einzelnen Schifffahrtsländer gibt. Die Tonnage der gesamten Welthandelsflotte betrug nach den Aufzeichnungen des Bureaus Veritas, welche Dampfer unter 100 Registertons und Segelschiffe unter 50 Registertons netto unberücksichtigt lassen, im Jahre 1894/95 19 543 000 Nettoregistertons. Sie umfaßt heute 25 420 000 Nettotons; der dem Welthandel zur Verfügung stehende Schiffsraum ist demnach in den letzten 10 Jahren um nahezu 30 Proz. gewachsen. Eine noch weit stärkere Zunahme ergibt sich bei einer vergleichenden Betrachtung der Qualitäten der Welthandelsflotte heute und vor zehn Jahren. Die in der Entwicklung nahezu sämtlicher nationalen Handelsflotten deutlich hervortretende Tendenz einer stetigen Zunahme der Dampfer- und bei gleichzeitigem Rückgang der Segelschiff-Tonnage hat eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Welthandelsflotte weit über das quantitative Wachstum hinaus in Gefolge gehabt. Während 1894/95 10 Millionen Registertons auf die Dampfer und 9,5 Millionen Registertons auf die Segler entfielen, der Anteil beider an der Gesamttonnage also ungefähr gleich war, umfaßt heute die Dampfer- und Segler-Tonnage 17,8 Millionen Tonnen, die Segler-Tonnage 7,6 Millionen Tonnen, das Verhältnis zwischen beiden ist also jetzt ungefähr 5 : 2. Der Statistiker pflegt die Leistungsfähigkeit der Dampfer- und Segler-Tonnage dreimal so hoch zu veranschlagen als die der Segelschiff-Tonnage. In Segelschiff-Tonnage ausgedrückt betrug die Leistungsfähigkeit der Welthandelsflotte 1895/96 39,5 Millionen Registertons, heute stellt sie sich auf 61,0 Millionen Registertons. Sie ist also im letzten Jahrzehnt um 54 1/2 Prozent gewachsen.

An der aufsteigenden Entwicklung, wie sie uns in den im Vorstehenden genannten Ziffern entgegentritt, haben sämtliche wichtigeren Rhedereiländer, wenn auch in recht verschiedenem Maße, teilgenommen. Relativ am gewaltigsten ist innerhalb des letzten Jahrzehnts die japanische Handelsflotte gewachsen. Ihre Transportleistungsfähigkeit ist nahezu um das Vierfache, um 391 Prozent, gestiegen. Nächst ihr zeigt die russische Handelsflotte, deren Leistungsfähigkeit sich um 125 Prozent vergrößert hat, die größte relative Zunahme. An dritter

Stelle steht die deutsche Handelsflotte mit einer Zunahme von 91,8 Prozent. Ihr folgen nach dem Grade der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeiten die Flotten von Schweden (90,0 Prozent), den Vereinigten Staaten (81,6 Prozent), den Niederlanden (65,1 Prozent), Italien (63,2 Prozent), Frankreich (61,0 Prozent), England (36,5 Prozent), Norwegen (30,5 Prozent) und Spanien (25,6 Prozent).

Infolge dieser großen Verschiedenheit im Entwicklungsgange der einzelnen nationalen Handelsflotten mußten sich naturgemäß die prozentualen Anteile der einzelnen Rhedereiländer an der Welthandelsflotte beträchtlich verändern und verschieben. Während England im Jahre 1894/95 noch — auch hier wird wieder die Leistungsfähigkeit als grundlegender Maßstab angewendet — 55,1 Prozent der gesamten Welthandelsflotte besaß, ist sein Anteil heute auf 48,7 Prozent zurückgegangen. Ebenso ist der Anteil Norwegens von 5,3 Prozent auf 4,5 Prozent, derjenige Spaniens von 2,8 Prozent auf 2,2 Prozent gesunken. Die Anteilsgewinne der übrigen Länder dagegen sind gewachsen. Auf Deutschland entfielen vor 10 Jahren 8,1 Prozent der Welthandelsflotte, heute fahren 10,1 Prozent unter deutscher Flagge. Die Vereinigten Staaten waren damals mit 7,1 Prozent, sie sind heute mit 8,3 Prozent beteiligt. Rußlands Anteil stieg von 2,1 Prozent auf 3,0 Prozent, Japans von 0,9 Prozent auf 2,9 Prozent und Schwedens von 1,9 Prozent auf 2,4 Prozent. Bei den übrigen Ländern ist die Zunahme sehr gering. Frankreich ist heute mit 4,4 Prozent, Italien mit 3,0 Prozent und Holland mit 2,2 Prozent an der gesamten Welthandelsflotte beteiligt.

Vom deutsch-schweizerischen Handelsvertrag.

Als wenn aus Bern gemeldet wird, der schweizerische Bundesrat habe der Bundesversammlung einen Gesetzentwurf unterbreitet, durch den unter gleichzeitiger Totalrevision des bisherigen Patentgesetzes der Erfindungsschutz auch auf die chemische Industrie ausgedehnt wird, so wird damit eine Frage zu erledigen versucht, die in dem seit einigen Monaten in Kraft befindlichen Zusatzvertrage zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrage offen gelassen ist. Dieser Vertrag enthält einen Anhang, in dem namens des schweizerischen Bundesrats vom Bundespräsidenten eine Erklärung abgegeben wird, die sich auf eine Umgestaltung der schweizerischen Patentgesetzgebung bezieht. „Trotz der Bindung der Zollfreiheit, welche in dem zwischen den beiderseitigen Unterhändlern in Luzern vereinbarten Zusatzantrag zum bestehenden Handels- und Zollvertrag zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche vom 10. Dezember 1891 für Anilin- und andere im neuen deutschen allgemeinen Tarif nicht besonders genannte Teerfarbstoffe festgesetzt werden wird, soll, so heißt es in der Erklärung wörtlich, das Deutsche Reich berechtigt sein, auf diese Artikel bei der Herkunft aus der Schweiz Zoll zu erheben, wenn die Schweiz nicht bis zum 31. Dezember 1907 ihre Patentgesetzgebung in der Weise ändert, daß Artikel solcher oder ähnlicher Art oder das Verfahren zu ihrer Herstellung bei Neuheit der Erfindung patentierbar sind.“ Die Vorlegung einer den Erfindungsschutz auf die chemische Industrie ausdehnenden Novelle zum Patentgesetz bei der schweizerischen Bundesversammlung ist als eine Folge dieser Erklärung anzusehen. Es darf wohl nicht daran gezweifelt werden, daß die Novelle bis zum Ende des nächsten Jahres in der Schweiz fertiggestellt werden wird und zwar nicht bloß, um den dann in Aussicht stehenden Verzollungen für Teerfarbstoffe in Deutschland aus dem Wege zu gehen, sondern weil man auch in der Schweiz überzeugt ist, daß sich ein Zustand nicht länger aufrecht erhalten läßt, bei dem infolge des Mangels eines sonst in den zivilisierten Staaten vorhandenen Rechtsschutzes ein großer Industriezweig eines Nachbarlandes den schwersten Schädigungen ausgesetzt ist.

Aus den Kolonien.

(Telegramm.)

* Berlin, 18. Juli. Nach neuntägigen eingehenden Beratungen hat die deutsch-englische Grenzkommission für die Nordgrenze von Deutschostafrika heute ihre Beratungen zum Abschluß gebracht. Die Verhandlungen führten, wie die „A. Z.“ erfährt, zu einer vollständigen Einigung über die eng-

lich-deutsche Grenze vom Njibee südlich vom Kilimandjaro bis zum 30. Meridian, dem Punkte, wo die deutsch-englische Grenze mit der des Kongostaates zusammentritt. Den Verhandlungen lagen die früheren Grenzverträge zugrunde. Es wurden nur geringfügige Abänderungen der Grenze mit Rücksicht auf die örtlichen Gelände- und Handelsverhältnisse, sowie auf die Stammesverteilung der Eingeborenen getroffen. Die wichtigste Abmachung für unser Schutzgebiet ist die, daß westlich des Viktoriasees die Einführung natürlicher Grenzen zunächst unterlassen wird, daß mithin die Rageramündung nicht, aber der sogenannte große Ragerabogen mit seinem Waldbestand nördlich des Rageraflusses deutsch bleibt.

Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

* Berlin, 19. Juli. Eine von mehr als 3000 Personen besuchte Versammlung Berliner Buchbinderarbeiten- und Arbeiterinnen beschloß, die in Leipzig vereinbarten Einigungsbedingungen abzulehnen. Wegen die Gehilfenvertreter bei den Leipziger Verhandlungen wurden scharfe Angriffe gerichtet.

* Zürich, 19. Juli. Infolge neuerlicher Ausschreitungen seitens der ausländischen Arbeiter und tätlicher Angriffe auf die Polizei hat der Regierungsrat heute beschlossen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein Regiment Infanterie und eine Eskadron Dragoner hinzuzuziehen und weiter ein Bataillon Infanterie bereit zu halten.

* Budapest, 19. Juli. In dem im Besitz einer preussischen Gesellschaft befindlichen Goldbergwerk Brad in Siebenbürgen ist gestern ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen; 1200 Bergarbeiter zogen in die Ortschaft Brad, um der Direktion ihre Forderungen bekannt zu geben. Die Gendarmerie bereitete den Massenaufzug, worauf Delegierte der Direktion die Forderungen unterbreiteten. Die Ausgleichsverhandlungen sind bisher erfolglos geblieben. Aus Brad traf Militär ein, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Bisher ist die Ruhe nicht gestört.

* Bordeaux, 19. Juli. Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter der Reboclinie, deren Forderungen erfüllt worden sind, ist beendet. Gründweise verkündet, daß eine Abteilung der Ambulanz im Bahnhof zu Lyon in den Ausstand getreten sei.

Aus Oesterreich-Ungarn.

(Telegramme.)

* Wien, 19. Juli. Der Wahlreformauschuss setzte gestern die Beratung der Mandatswahlen für Böhmen fort. Kramarz bekämpfte den Antrag Perzelt auf Vermehrung der deutschen Mandate, weil dadurch den Tschechen das Zeichen der Minderwertigkeit auf die Stirne gedrückt werde. Bärenreither beantragte die Schaffung eines Mandats für die deutsche Minderheit in Prag, sowie ein Mandat für die deutsche Minderheit in Budweis und Pilsen. Die Fortsetzung der Verhandlung findet heute statt.

* Wien, 19. Juli. Ministerpräsident v. Wed. konferierte bis in die späten Abendstunden mit den Vertretern verschiedener Parteien über das böhmische Kompromiß und schlug vor, daß die Tschechen und die Deutschen in Böhmen je drei neue Mandate erhalten. Eine Einigung kam nicht zustande. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

* Budapest, 19. Juli. Ministerpräsident Bekerele erklärte gestern einer Deputation von Großindustriellen, daß eine Agitation der behördlichen Organen Oesterreichs gegen die ungarische Einfuhr das Prinzip der Reziprozität verlege. Die Unterstützung einer solchen Agitation durch Behörden habe eine ganz andere Bedeutung als eine gesellschaftliche Bewegung, welche die Regierung nicht eindämmen könne. Falls die österreichische Regierung einzelnen Industrien gegenüber den konkurrierenden ungarischen Industrien Begünstigungen gewähren werde, werde die ungarische Regierung das gleiche Verfahren einschlagen. Der Ministerpräsident bemerkte, er könne jedoch nicht glauben, daß bei der österreichischen Regierung eine solche Absicht vorliege. Handelsminister Kossuth gab der Hoffnung Ausdruck, daß Oesterreich einwilligen werde, den Handelsvertrag bis 1917 zu schließen.

Der Zollkrieg mit Serbien.

* Budapest, 19. Juli. Abgeordnetenhaus. In der gestrigen Sitzung richtete Polit an die Regierung die Frage, ob sie, falls Serbien die Hand dazu reiche, für

(Mit einer Landtagsbeilage.)

eine Beendigung des Zollkrieges eintreten würde, da Ungarn nur als Werkzeug Oesterreichs diene. Ministerpräsident Bekerle erwiderte, Polit habe wie ein Agent Serbiens gesprochen. Die Grenzperre sei angeordnet worden, weil die ungarischen Interessen es erforderten. Wegen der Sympathien Ungarns für Serbien dürfe man die wirtschaftlichen Interessen Ungarns nicht preisgeben. Die Regierung sei geneigt, den Konflikt beizulegen, falls Serbien wirkliche Garantien für eine Befriedigung der österreichisch-ungarischen Interessen biete. Bekerle schloß seine Erwiderung mit den Worten: Eine Veterinärkonvention schließen wir nicht ab! (Beifall.) Auf eine Anfrage Bisontais erklärte der Ministerpräsident, er sei ein Anhänger der internationalen Schiedsgerichte und werde seinerzeit die Verträge vorlegen. Der Abgeordnete Mezoefi interpellirte über den von vier sozialistischen Gefangenen in der Strafanstalt von Bacz veranstalteten Hungerstreik. Hierauf erklärte der Justizminister, daß die Streikenden sich nicht der Hausordnung hätten fügen wollen, die den Gefangenen die Absendung agitatorischer Artikel für Zeitungen verbiete. Die Gefangenen hätten auch sehr bald den Hungerstreik eingestellt.

Bur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 19. Juli. Der Minister des Innern Stolypin beabsichtigt die Aufhebung des Kriegszustandes und des verstärkten Schutzes in vielen Gegenden des Reiches sofort nach Beendigung der Feldarbeiten anzugehen.

* St. Petersburg, 19. Juli. Das offiziöse Blatt „Rossija“ erklärt hinsichtlich der von der Reichsduma geplanten Veröffentlichung einer Erklärung über die Agrarfrage, daß die Regierung das Recht habe, eine derartige Veröffentlichung aus ganz demselben Grunde zu verhindern, aus welchem aufrührerische Aufrufe überhaupt verboten werden könnten. In den Kreisen der konstitutionell-demokratischen Partei wird behauptet, wegen der Vorgänge in der letzten Dumasitzung sei von einigen Ministern in Peterhof die baldige Auflösung der Duma verlangt worden, doch fand die Anregung vorläufig noch keinen Anklang.

* St. Petersburg, 19. Juli. Seine Majestät der Kaiser richtete an den Admiral Dubassow ein in sehr wohlwollenden Worten gehaltenes Schreiben, worin er die von Dubassow aus Gesundheitsrücksichten erbetene Entlassung vom Posten als Generalgouverneur von Moskau genehmigt.

* St. Petersburg, 19. Juli. Der Kommandierende des Moskauer Militärbezirks, Generalleutnant Horschelmann, ist unter Verlassung in seiner bisherigen Stellung zum Generalgouverneur von Moskau ernannt worden. Der Kommandeur des 7. Armeekorps, Generalleutnant v. Wöllersdorf, ist dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt worden und wurde durch den Kommandeur der turkestanischen Kavaleriedivision, Generalmajor Spitzberg, ersetzt.

* St. Petersburg, 18. Juli. Ein Revolverattentat auf den Flügeladjutanten des Kaisers, Grafen Todleben, wurde gestern von einem jungen Mann verübt und scheint ein Nachakt dafür zu sein, daß der Graf einen Agitator, der in das Lager der Sappeure zu Jora zwischen Petersburg und Schlüsselburg gekommen war, verhaften ließ. Der Täter bestieg sofort ein Boot, das ihn auf der Nawa erwartete, und rettete sich auf diese Weise. Die Revolverkugel traf den Grafen an der linken Seite des Kopfes und verletzte ihn leicht.

* St. Petersburg, 19. Juli. In der Nähe des finnischen Bahnhofes kam es gestern zu einem Zusammenstoß der streikenden Erdarbeiter mit Militär. Mehrere Erdarbeiter wurden getötet, andere verwundet und 30 verhaftet. — Der Zustand in den hiesigen Tabakfabriken ist gestern allgemein geworden. Die Zahl der Streikenden beträgt über 20 000.

* Moskau, 18. Juli. Der Bäckerstreik beginnt nachzulassen. Fast die Hälfte sämtlicher Bäckereien nahm die Arbeit unter militärischem Schutz wieder auf. Die Arbeitgeber sind zu kleineren Zugeständnissen bereit. Die Verhandlungen verliefen bisher resultatlos. Durch energisches Eingreifen des Magistrats gelang es, den Streik der Arbeiter der Wasserwerke abzumenden.

* Warschau, 18. Juli. Gestern morgen fiel aus dem vierten Stockwerk eines Hauses auf ein vorbeimarschierendes Regiment ein Revolvergeschuß. Der Täter wurde festgenommen. Auch aus dem benachbarten Vasar wurde auf das Militär, welches das Haus umstellte, geschossen. Die Soldaten erwiderten das Feuer. Verletzt wurde niemand.

* Warschau, 18. Juli. Die Revolutionäre zerstörten acht Staatspöhläden bei Lublin. In den letzten Tagen wurden acht Polizisten und zwei Spitzel getötet. — Das Personal der elektrischen Bahn und die Arbeiterschaft von 44 Fabriken streikt.

* Kiew, 18. Juli. Eine gespannte, nervöse Stimmung beherrscht die Truppen. Am Erzejien bei den Truppen vorzubereiten, bekommen die Offiziere fast gar keinen Urlaub; sie müssen permanent im Lager bleiben. — Der Streik der Hafenarbeiter in Odessa hat für die Südwestbahn unangenehme Folgen. 18 Dampfer mit Kohlen liegen unangekommen im Hafen. Sinesseits braucht die Bahn die Kohlen, andererseits muß sie die Dampferbesitzer für jeden Tag entschädigen, weil die Bahn sich verpflichtet, die Ausladung selbst vorzunehmen.

* Sewastopol, 18. Juli. Gestern mittag wurde während der Gerichtsitzung über die im November stattgehabte Meuterei auf den Kommandeur des Preßischen Regiments, aus dieser den Saal vertrieben und auf den Hof trat, aus der Kaserne der Flottenequipage eine Bombe geworfen, die ihn jedoch nicht verletzte.

* Lausanne, 19. Juli. Das Bundesgericht bewilligte gestern einstimmig die Auslieferung des nach der Schweiz geflüchteten Russen Belenzow, der mit einer 19 Köpfe starken Bande, deren Haupt er war, am 20. März die Moskauer Kredit-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit ausgeraubt hatte. Die Auslieferung wird jedoch von der Bedingung abhängig gemacht, daß Belenzow nicht wegen irgend welcher politischer Vergehen verfolgt wird.

Vom Zuluaufruch in Natal.

* London, 18. Juli. Unterhaus. Bezüglich der Grausamkeiten, die den auf englischer Seite stehenden eingeborenen Truppen während der Operationen im Zululand zur Last gelegt worden sind, und der Berichte über die unwürdige Behandlung des Leichnams des Rebellenführers Bambata, verliest der Parlamentsuntersekretär des Kolonialamts, Churchill, ein von der Regierung in Natal eingelegenes Telegramm, in dem festgestellt wird, daß während der Operationen etwa 3500 Zulus getötet und 2000 gefangen genommen wurden. Die Regierung habe jedoch keine Mitteilung darüber erhalten, daß die eingeborenen Truppen verwundete Zulus getötet hätten. Es sei aber möglich, daß sie zu Zeiten, wo sie von europäischen Offizieren nicht beobachtet gewesen sind, die Schwerverwundeten getötet hätten. Der Kommandeur der Militärruppen habe jedoch die Überzeugung, daß solche Vorkommnisse sich nicht in einem so ausgedehnten Maße zugetragen hätten, wie in früheren Zeiten. In dem Telegramm heißt es weiter, der Leichnam Bambatas sei nur zum Zweck der Identifizierung enthaupet und der Kopf darauf mit dem Körper bestattet worden. In dem Telegramm wird ferner die Behauptung, daß kein Kadon gegeben worden sei, für unrichtig erklärt und hinzugefügt, den verwundeten Feinden sei von den britischen Ärzten Beistand geleistet worden, wo es möglich gewesen sei. Die eingeborenen Mannschaften würden unter möglichst strenger Kontrolle gehalten. Das Telegramm gebe tatsächlich zu, daß die eingeborenen Mannschaften verwundete getötet hätten. Keir Hardie bezeichnet das Gesetzt im Momentale als eine Schänderei. Nach weiterer lebhafter Debatte wird der Gegenstand verlassen.

* Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Pietermaritzburg bezieht die von Johannesburg ausgehenden Gerüchte als unbetriebliebig und sagt, man habe der Regierung prophezeit, daß es so kommen werde, als sie beschloß, die Vertreter guter Zeitungen nicht mitgehen zu lassen. Leute, die den Feldzug mitgemacht hätten, seien jetzt über das ganze Land verstreut und verbreiteten dergleichen Geschichten. — Ueber die Affäre mit Bambatas Kopf erfährt derselbe Korrespondent von dem Minister für Landesverteidigung die offizielle Version der Geschichte. Darnach wurde die Leiche des gefallenen Hauptlings in einem Abgrund gefunden, als sie bereits fast in Verwesung übergegangen war. Ein junger Schwarzer, der sie fand, informierte einen Arzt, der ihn an die Stelle begleitete. Beide versuchten, die Leiche in das Lager zu bringen, was aber wegen der vorgeschrittenen Verwesung nicht möglich war. Da es dem jungen Arzt aber zu wichtig erschien, daß der Tod des Hauptlings nachgewiesen wurde, trennte er den Kopf vom Rumpf und brachte ihn in das Lager, wo er photographiert wurde. Dann wurde er an die Stelle zurückgebracht, wo er gefunden wurde, und zusammen mit den übrigen Teilen der Leiche begraben. Alle anderen Anschuldigungen bezieht der Minister als durchaus unbegründet, nur in einem Fall scheint eine Megerin von einem freiwilligen Mißhandelt worden zu sein, und diese Angelegenheit werde jetzt untersucht. Die Truppen hätten ausdrücklich den Befehl erhalten, den Rebellen alle nur mögliche Gelegenheit zu geben, sich zu ergeben. Es seien auch schon eine Menge Gefangene eingebracht worden, und viele andere kämen täglich ein. Außerdem dürfe nicht vergessen werden, daß die Rebellen nachweislich unerlaubten Gebrauch von der weißen Flagge machten, ihre Waffen wegwarfen, und nachher wieder angriffen und so weiter, so daß in einzelnen Fällen Strenge notwendig gewesen sein möge.

Japan und die Mandschurei.

London, 18. Juli.

In maßgebenden japanischen, wie britischen Kreisen hat man die sensationellen Gerüchte mit größtem Besremden aufgenommen, welchen zufolge Japan alles tue, um die Zwischenzeit bis zur völligen Erschließung der Mandschurei für den internationalen Verkehr mit unerlaubten Mitteln zur Ausnützung erflußiger Chancen für den eigenen Handel auszunutzen. Es wurde insbesondere behauptet, daß die Japaner den Hafen von Niutschwang gegen den Handel anderer Nationen verschlossen halten und sich dort dadurch spezielle Begünstigungen sichern. Gegenüber diesen Nachrichten, welche geeignet waren, die ausgedehnten beteiligten Kreise zu beunruhigen, genügt es, auf ein Schreiben hinzuweisen, mit welchem der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir E. Grey, die in einer Anfrage hierüber fundgebenen Befragnisse entkräftet ließ. In dem Schreiben heißt es: Gegenüber der Behauptung, daß das „als frei und offen angenommene Tor in dem neuen und freien Hafen von Niutschwang durch die Japaner gegen uns geschlossen gehalten werde“, habe ich darauf hinzuweisen, daß die Einfuhrzölle in Niutschwang, das schon 1861 geöffnete chinesische Vertragshafen, aber niemals ein freier Hafen gewesen ist, in Gemäßheit des chinesischen Tarifs allen Fremden ohne Unterschied auferlegt werden. Obgleich sich im gegenwärtigen Augenblick ein japanischer Administrator in Niutschwang befindet, werden doch die Zölle dieses Hafens vom kaiserlich chinesischen Departement der Seezölle vermarktet. Mit dieser klaren Richtigstellung bricht die ganze ungerechte Beschuldigung zusammen.

Es wurde übrigens nicht nur einen Mangel an Logik, sondern etwas weit schärferes, einen politischen Fehler bedeuten, wenn Japan in der behaupteten Weise gegen den Handel der Bundesgenossen vorgehe. Es wäre ferner auch eine durchaus ungesunde Handelspolitik, wenn man in der geschilderten Weise irgendwelchen anderen Staat in seinem Handel benachteiligen wollte. Je mehr sich die neuen Märkte unter Mitwirkung des internationalen Handels entwickeln, um so lohnfähiger werden sie sich gestalten und um so ertragsreicher werden sich die japanischen Bahnunternahmen und andere Anlagen erweisen. Japan hat im mehrerwähnten Gebiete durch seine nahe geographische Lage schon derartige völlig legitime Chancen für sich, daß es das übrige ruhig der Entwidlungskraft der eigenen Industrie überlassen kann, zumal noch verschiedene unbeflegbare Faktoren mit in Betracht kommen, wie die Billigkeit der Arbeitskraft, die Bedeutung des Familienprinzips für soziale und nationalökonomische Fragen usw. Man denkt daher in Japan in keiner Weise daran, noch nach künstlichen Chancen zu suchen, wo die natürlich gebotenen schon so weiten Vorsprung verleihen. Es ist auch, wie schließlich betont sei, irrig anzunehmen, daß Japan nach einer monopolisierenden Herrschaft, zunächst in den neuerschaffenen Märkten, sodann an den asiatischen, unter nicht-europäischen oder nichtamerikanischen Einfluß stehenden Ge-

staden des Stillen Ozeans strebe. Japan sucht in Korea oder in der Mandschurei weder Tore zu schließen, noch ein Öffnen derselben zu verhindern. Andererseits strebt Japan auch nicht an, als bloß einen Handelsverkehr an den Küsten des Stillen Ozeans. Japan fühlt voll gerechtfertigtes Selbstbewußtsein, daß es in die Reihe der Großmächte getreten ist, und das soll nicht nur für die Politik, sondern auch für Handel und Wandel gelten. Japan will seinen Anteil am Weltmarkt haben und darum wäre es geradezu verfehlt, irgendwo einen Antagonismus wecken zu wollen, welcher zu Behinderungen des japanischen Handels führen könnte. Japan muß somit nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen, sondern auch aus solchen der Zweckmäßigkeit, eine ausschließliche Sonderstellung sorgfältig vermeiden und sich stets als kooperierenden Genossen der anderen zivilisierenden Mächte betrachten.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 19. Juli.

* (Die nächste Sitzung des Bürgerausschusses) findet Freitag den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr in dem Turnsaal der Fächerschule, Kreuzstraße Nr. 15 (der Mathausaal wird repariert), bei folgender Tagesordnung statt: Erwerbung der Plakatsäulen für die Stadtgemeinde. Verlangung der Straßenbahn in der Kolkstraße bis zur Blücherstraße. Erbauung eines Schulhauses in Mühlburg. Aenderung des Ortsstatuts über das Armenwesen. Aenderung des Ortsstatuts über das Schulwesen und Neuordnung der Lehrereinnahmen. Rücküberweisung von Gelände an der Gändel- und Stöberstraße an die Generalintendanten der Großh. Zivilliste. Verabschiedung der städtischen Rechnungen für 1903. Da derzeit zahlreiche Mitglieder des Bürgerausschusses von hier abwesend sind, werden die anwesenden Herren unter Hinweisung auf die Wichtigkeit der Tagesordnung dringend ersucht, sich tunlichst zahlreich zur Sitzung einzufinden.

* (Pfarrwahl.) Bei der Wahl eines Pfarrers für die evangelische Südstadtparochie wurde Herr Pfarrer Hindenburg in Segau an Stelle des am 1. Oktober d. J. in den Ruhestand tretenden Herrn Stadtpfarrers Dr. Brückner gewählt. Herr Stadtpfarrer Hesselbacher wurde von der Neuwahl zum Pfarrer gewählt.

* (Umgestaltung des Kursbuches der Großh. Bad. Staats-eisenbahnen.) Nachträglich wurde die Beratung über den Entwurf eines neuen Kursbuches für die Großh. Bad. Eisenbahnen auf die Tagesordnung der am 28. d. M. stattfindenden Eisenbahnratsitzung gesetzt. Der Entwurf nebst einer Erläuterung über die darin gegenüber der bisherigen Form des Kursbuches vorgesehene Aenderungen liegt im Bureau des karlsruher Handelsamtes für Interessenten zur Einsichtnahme auf.

* (Stadtgartentheater.) Bei der bisherigen Besetzung fand gestern vor gut besuchtem Hause eine beifällig aufgenommene Wiederholung des „Vogelhändler“ statt. Der heutige Abend bringt uns die Novität „Schützenlied“ von Ehler. Morgen, Freitag, wird „Der Kastelbinder“ wiederholt, und am Sonntag folgt als Erstaufführung Offenbachs Operette „Die schöne Helena“.

* (Küchenbrand.) Gestern Abend halb 11 Uhr wurde bei der Feuerwache selbst gemeldet, daß Fähringerstraße Nr. 51 (Vogelhandlung Bain) ein Brand ausgebrochen sei. Bei Anbruch der Wache brannten in der Küche zwei Sätze mit Fellen, doch konnte das Feuer mittels der Ewaldhdampfspritze gelöscht werden. 10 Uhr 48 Minuten riichte die Wache wieder ein.

* S. Mannheim, 18. Juli. Wie verlautet, beabsichtigt ein Konsortium hiesiger Beamten und Arbeiter den gesamten Besitz der Rheinau, G. m. b. H., zu übernehmen. Als Kaufpreis wird die Summe von etwa 9 Millionen Mark genannt.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Vom 23. bis 25. Juli d. J. findet in Mannheim in den Sälen des Ballhauses der 18. Kongreß der Verbandes der freien Vereinigungen selbständiger Freireue und Perückenmacher Deutschlands statt. Mit dem Kongreß ist eine Fach- und Gewerbeausstellung verbunden. — Zur Förderung der landwirtschaftlichen Ausstellung im September d. J. in Karlsruhe hat der Kreisauschuß Heibelberg in dankenswerter Weise einen Ehrenpreis, bestehend aus einem wunderbar gearbeiteten Pokal aus der Werkstatt des Herrn Hofjuweliers Trübner von Heidelberg gestiftet. — Das Astrophysikalische Institut in Heidelberg beobachtete vorletzte Nacht gegen 12 Uhr ein prächtiges Meteor. Die gleiche Beobachtung wurde auch in Schwaben und Lothar gemacht. Das Meteor zog von Osten nach Westen. — In einem bei Sternfels (N. Bruchsal) gelegenen Steinbruch wurden die Arbeiter Silberbrand von Sternfels und Arnold von Kürnbach durch herabfallende Steinmassen verunglückt. Die Verunglückten, Familienväter, sind den erlittenen Verletzungen erlegen. — Im Sulzfelder Steinbruch ist der verheiratete Steinbrecher Joh. Pfeiffer tödlich verunglückt. — Im Forstheim hat sich der Bürgerausschuß gestern prinzipiell für ein in den nächsten Jahren zu errichtendes modernes Krankenhaus entschieden. Zur Erweiterung des bisherigen wurden 214 000 M. für Plankauf bewilligt. — Wie aus Gausbad im Wurgtal berichtet wird, wurde nun auch der obere etwa 800 Meter lange Stollen für die Wassertrastanlage der Papierfabrik E. Holkmann u. Cie. durchgeschlagen, nachdem dies beim unteren etwa 640 Meter langen Stollen schon vor vier Wochen geschah. — Die Frequenz in Baden-Baden betrug 37 082 Personen. — Das Vermögen der Stadt Rehl hat sich 1905 um 185 000 M. vermehrt. Die Sparkasse ergab eine Ueberüberschuss von 40 000 M. Am 22. Juli wird das von der Stadtgemeinde vor dem Rathaus errichtete Kriegerdenkmal eingeweiht. — Gegen die Verwaltung des Vorstühlervereins Eigeltingen hat die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet.

Der Betrieb der Steinbrüche in Baden.

* Dadurch, daß eine Reihe von Steinbrüchen in Steinhauerbetrieb, weil letzterer übermüde, d. Aufsicht der Fabrikinspektion unterstellt wurde, hat sich die Zahl unter der Aufsicht der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues stehenden Betriebe im Jahre 1905 von 245 in 3252 Arbeitern auf 214 mit 2059 Arbeitern vermindert. Dennoch sind nicht weniger Revisionen als im Jahre 1904 vorgenommen worden. Wenn auch die Arbeitgeber und Arbeiter mehr und mehr in die zum Schutze der letzteren erlassenen Vorschriften sich einleben, so kann doch ein befriedigender Zustand noch nicht festgestellt werden. Dies gilt hauptsächlich von der Unfallberühung. Noch in zahlreichen Fällen hat die ungenügende Befestigung des Abraums beanstandet werden müssen; mehrfach hing der Abraum über und wurde unterhalb oder es war das an der Abbruchwand hängende lose Gestein nicht entfernt. In einigen Betrieben ist die Einstellung der Steinbrucharbeit bis zur Befestigung des Abraums beantragt worden. Wie wenig manche Steinbruchunternehmer der Gefahr sich bewußt sind, geht aus der Tatsache hervor, daß ein derselben es auf eine dreimalige amtliche Aufforderung zur Androhung der BetriebsEinstellung hat ankommen lassen. So die Befestigung der Unfallberühungsvorschriften führt öfter auf Schwierigkeiten; ein Gemeindebetrieb hat sogar vier-

...da ober
...offnen
...mehr
...Stillen
...Stills
...das soll
...Man
...haben
...Intago
...des ja
...cht nur
...Zwed
...st ver
...anderen

aufgefordert werden müssen. Andererseits hat die Einführung der Unfallverhütungsvorschriften in der Landessprache der zahlreichen italienischen Arbeiter Fortschritte gemacht. Auch die Arbeiter beobachten nicht immer die erforderliche Sorgfalt. Beim Vollzug der Bekanntmachung des Reichsanwalts vom 20. März 1902 macht es die größten Schwierigkeiten, die vorschriftsgemäße Herstellung und Instandhaltung der Unterfunktionsräume und Aborte durchzuführen. Hierfür scheint vielen von den Beteiligten das Verständnis abzugehen; in einigen Betrieben haben diese Einrichtungen gefehlt, in anderen sind sie nichtbütig erstellt, noch mangelhafter reingehalten und gelüftet und dadurch geradezu unbenutzbar. Größere Betriebe geben in dieser Beziehung, wie auch im allgemeinen weniger Anlaß zu Klagen als kleine von geringer Leistungsfähigkeit. Daß die Arbeitsbücher Minderjähriger fehlten, ist in verschiedenen Betrieben der Inspektion Wertheim festgestellt worden. Zu widerhandlungen gegen die Schutzgesetze und Vorschriften, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und von Arbeiterinnen, sind im Jahre 1905 nicht ermittelt worden.

Naturwissenschaftlicher Verein Karlsruhe.

In der Sitzung am 1. Juli sprach Herr Dr. Just über: „Die Gewinnung von Salpetersäure aus der Luft“. Um die Bedeutung der von Tag zu Tag mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses tretenden Salpeterfrage verstehen zu können, bespricht der Vortragende zunächst die Rolle, welche der Stickstoff auf der Erde spielt. Derselbe bildet als gasförmiges Element den Hauptbestandteil der Luft, die daneben fast ausschließlich Sauerstoff enthält. Das gesamte organische Leben braucht zu seinem Aufbau Stickstoff, doch ist es nicht mit dem Elemente Stickstoff zufrieden, es verlangt denselben in gebundener Form, das heißt verbunden mit anderen Elementen. In der Natur entstehen Stickstoffverbindungen bei den elektrischen atmosphärischen Entladungen; es findet dabei Vereinigung des Stickstoffs mit dem Sauerstoff der Luft statt. Das Bedürfnis des Menschen nach Stickstoffverbindungen ist in freiem Maße begriffen; einmal braucht die Landwirtschaft dieselben zur künstlichen Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens, und dann ist der Salpeter ein wichtiger Bestandteil aller Sprengstoffe und wird auch sonst zu einer Reihe industrieller chemischer Verfahren verwendet. Dies Bedürfnis wurde bisher hauptsächlich durch die chilenischen Salpeterlager gedeckt, doch berechnete man, daß dieselben etwa in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts erschöpft sein werden. Andere natürlich, umfangreiche Lagerstätten besitzen wir nicht, wir stehen also vor einem enormen wirtschaftlichen Rückschritt, wenn es uns nicht gelingt, Stickstoffverbindungen künstlich, synthetisch herzustellen. Zwei Wege haben bisher zu Erfolgen geführt. Zuerst gelang es Professor Frank in Charlottenburg, durch Erhitzen von Kalk, Kohle und Stickstoff das Calciumcyanamid, den „Kalkstickstoff“, herzustellen, ein Produkt, welches größere Mengen gebundenen Stickstoffs enthält und direkt als Düngemittel in der Landwirtschaft verwendbar ist. Die deutsche Cyanidgesellschaft benutzt das Verfahren aus und ist imstande, mit der elektrischen Energie von einem Kilowattjahr etwa 500 Kilogramm Stickstoff zu binden. Aus dem Kalkstickstoff läßt sich Ammoniak gewinnen, doch besitzen wir kein rationelles Verfahren, das letztere in Salpetersäure überzuführen. Um diese zu gewinnen, eröffnet sich folgender Weg: Erhitze man Luft auf sehr hohe Temperaturen, so bildet sich Stickoxyd, aus dem sich dann leicht Salpetersäure gewinnen läßt; die Erziehung erfolgt am besten auf elektrischem Wege. Auf dieser Reaktion beruht das Verfahren von Birkeland und Eyde. Es werden in großen, feuerfesten Oefen elektrische Hochspannungsbögen erzeugt und diese durch ein magnetisches Feld zu riesigen Flammenscheiben auseinander gelassen. Ein solcher Ofen verbraucht 500—700 Kilowatt. Die durch diese Oefen durchgeblasene Luft enthält 2—3 Prozent Stickoxyd und wird in Absorptionsanlagen weiter auf Salpetersäure und salpetersauren Kalk verarbeitet. Die norwegische Gesellschaft, welche dies Verfahren betreibt, ist im Besitze großer Wasserkraft, und ist bereits jetzt imstande, Salpetersäure so billig herzustellen, daß sie mit dem Chilisalpeter konkurrieren kann. Wir besitzen auf der Erde genügend Wasserkraft, um damit auf den geschätzten Wegen unserer gesamten Bedarf an gebundenem Stickstoff decken zu können. Der Gebrauch des Salpeters in der Sprengstoffindustrie macht es für jedes Land politisch wichtig, seine eigenen Salpeterfabriken zu besitzen, um im Kriegsfall nicht von fremder Einfuhr abhängig zu sein. Da wir in Deutschland nicht allzu viel Wasserkraft zur Verfügung haben, sollte man rechtzeitig darauf bedacht sein, einen Teil der vorhandenen in den Dienst der Salpeterindustrie zu stellen. Auch hier in Baden wird man wohl bei der Verwendung der großen Kräfte des Rheines auf diesen Punkt sein Auge richten, zumal, da ja der kontinuierliche Betrieb der chemischen Industrie eine ausnahmsweise günstige Ausnützung jeder Wasserkraft gestattet.

ihre Freude darüber aus, daß General Picquart zum Kommandeur ihrer Division ernannt worden sei.

Paris, 19. Juli. Senator Ranc veröffentlicht in der „Aurore“ eines Aufsatzes eines aktiven Offiziers, der sich darüber beschwert, daß in den Militäraufstellungen, trotz der Feierzeit vom General André erteilten Befehls nur die nationalistischen und konservativen Zeitungen ausliegen und die republikanischen Blätter ausgeschlossen seien. Ranc fordert den Kriegsminister Etienne auf, Abhilfe darin zu schaffen.

Paris, 17. Juli. Die Londoner „Daily Mail“ brachte eine Meldung von einem Zwischenfall an der Grenze von Tripolis, der dadurch herbeigeführt worden sein sollte, daß die Franzosen einen Punkt in der Gegend von Ghata besetzt hätten.

Paris, 18. Juli. König Sissowath von Kambodscha ist nach Mexiko abgereist.

San Sebastian, 19. Juli. Zwischen dem Minister des Aeußeren und dem Gesandten der Vereinigten Staaten werden heute die Präliminarien des Entwurfs über den spanisch-amerikanischen Handelsvertrag ausgetauscht werden.

Konstantinopel, 19. Juli. Die Verhandlungen der Pforte mit der Dette Publique, betreffend die Kontrolle der letzteren über die aus der Pforte. Zollerhöhung resultierenden Einnahmen, ferner betreffend deren Uebernahme und Ablieferung an das macedonische Budget nach Abzug von 25 Proz. für die Pforte, sind abgeschlossen. Die betreffenden Abmachungen liegen dem Sultan zur Genehmigung vor.

Belgrad, 19. Juli. Im Laufe der gestrigen Sitzung der Stupjchina behauptete der frühere Premierminister Stojanowitsch, bei den letzten Wahlen sei das höchste Recht des Volkes, die Wahlfreiheit, verletzt worden, (Karm redits), da die Wahlen mit Hilfe der Staatsgewalt entschieden seien. Das Vorgehen der Regierung trage zu Korruptionen der Beamtenhaft bei, die radikale Partei werde es aber zu verhindern wissen, daß keine Regierung es sich mehr einfallen lasse, eine förmliche Majorität zu schaffen. Der Minister des Innern wies den Vorwurf der Beeinflussung der Wahlen zurück. Daß hiervon keine Rede sein könne, gehe schon daraus hervor, daß bei 160 Wahlen gegen 117 absolut kein Einspruch erhoben worden sei.

Athen, 19. Juli. Die Kammer hat das Budget genehmigt und sich sodann vertagt.

Wien, 19. Juli. Der Dampfer „Kronprinz“ der deutschen Ostafrikalinie mit den Reichstagsabgeordneten an Bord ist gestern hier eingetroffen. An Bord ist alles wohl.

Teheran, 18. Juli. Die Unruhen dauern hier fort. Als eine Anzahl Mullahs mit Anhängern unter Vorantragung des blutbesetzten Hemdes eines ermordeten Seids einen Umzug zu veranstalten suchten, wurden sie daran von Truppen verhindert. Diese wurden von den Mauern der Moschee aus mit Steinen beworfen. Die Minister und die Angehörigen des Schahs sind bemüht, beruhigend und vermittelnd einzuwirken. Die erste Nachricht von der Ermordung eines Seids rief auch in Rum und Kaswin Unruhe hervor. Die hiesige Geistlichkeit steht in beständigem Verkehr mit Kurbela, dem religiösen Zentrum der Schiiten.

Washington, 19. Juli. Der Waffenstillstand für Zentralamerika ist gestern früh 6 Uhr in Kraft getreten. Vormittags sprach der Gesandte von Guatemala auf dem Staatsdepartement vor und erklärte, Guatemala ernannte drei Kommissare, die Guatemala bei den heute an Bord des amerikanischen Kreuzers „Marblehead“ stattfindenden Friedensverhandlungen vertreten werden.

Verschiedenes.

Reformen im Fürstentum Samos.

Die Bewohner des der Pforte tributpflichtigen Fürstentums Samos sind mit ihrer Lage unzufrieden. Sie wollen einen neuen Fürsten wählen und zugleich Verfassungsänderungen einführen, die dem schönen, fruchtbaren Inselreich mit seinen 468 Quadratkilometern, seinen 55 000 Einwohnern und seinen großen klassischen Erinnerungen eine glücklichere Zukunft sichern. Zu diesem Zweck haben die Samioten außer Bescheidern an die Pforte ein Memorandum an die Schutzmächte von Samos (Frankreich, England und Russland) gerichtet, in dem zu Beginn erinnert wird, daß nach dem langen Freiheitskampfe die Schutzmächte mit Protokoll vom Jahre 1832 der Insel volle administrative Unabhängigkeit, Ruhe und Wohlfahrt garantiert haben, was sich leider nach 74 Jahren nicht verwirklicht habe. Die bedauerliche Situation sei besonders unter dem Fürsten Bithynos und bei den letzten Wahlen zutage getreten. Der samiotische Staat gehe der Auflösung entgegen, wenn die Mächte nicht eingreifen. Die Samioten wollen nicht verschweigen, daß sie volle Wohlfahrt nur von der Verwirklichung der Wünsche ihrer Stammesbrüder erwarten. Aber ehe die definitive Zukunft der Insel entschieden werde, müßten sie eine Verbesserung der Zustände im Rahmen des Status quo und der Pflichten gegen den Suzerän suchen. Die Kammer von Samos unterbreitet daher dem Wohlwollen der Schutzmächte folgende Wünsche:

1. Der Hauptgrund der schlechten Situation sei der Mangel einer stetigen und unabhängigen fürstlichen Autorität, weil der Fürst nicht unter den formellen Schutz der Mächte gestellt wurde und infolgedessen wie der kleinste Beamte behandelt und abgesetzt werde. Es wird eine Veränderung des organischen Status gewünscht, welche den Modus der Wahl des Fürsten und dessen Befähigung sichert und den Fürsten nicht zum Gegenstande des Ehrgeizes der orthodoxen Funktionäre der Pforte macht. Die Kammer wünscht, daß die Regierung einem Prinzen von Geburt anvertraut werde. Wenn dies gegenwärtig nicht möglich sein sollte, werden dieselben Rechte, wie sie der Vidanon hat, verlangt: Fürstentum mit Zustimmung der Mächte und fünfjährige Amtsdauer.
2. Ergänzung des organischen Status bezüglich der Senatoren, welche gegenwärtig nur Berater sind, statt Erziehungswalt zu besitzen. Die vier Verwaltungszweige und das Mitunterzeichnungsrecht mit dem Fürsten sollen ihnen anvertraut werden.
3. Unabhängigkeit des Post- und Telegraphenwesens.
4. Griechische Amtssprache bei den Zollämtern.
5. Anerkennung der Nationalität der Samioten außerhalb Samos.
6. Unabsehbarkeit der Richter; Reorganisation des Beamtenkorps und militärische Reorganisation der Gendarmerie und der Polizei.

Das Memorandum begründet ausführlich alle beantragten Veränderungen des Status.

Türkischerseits ist den Beschwerden der Samioten dadurch Rechnung getragen worden, daß eine Untersuchungskommission mit dem Staatsrat Hassan Bey an der Spitze am 16. d. M. von Konstantinopel nach Samos abgereist ist. Die samiotische Deputation unter dem Kammerpräsidenten Sofulis ist mit der Untersuchungskommission abgegangen, um während der Untersuchung über das Verhalten des Fürsten Bithynos anwesend zu sein.

Berlin, 19. Juli. Die Nachricht, daß Professor v. Litzke seine Absicht, auch an der Berliner Handelshochschule Vorlesungen zu halten, aufgegeben hat, wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ bestritten, dagegen ist die Behauptung, daß ihm die Lehrtätigkeit an dieser Anstalt vom Kultusminister unterjagt worden sei, irrig.

Memel, 19. Juli. Dem „Memeler Dampfboot“ wird aus Ruß gemeldet: Am Montag sind während eines starken Gewitters zwei Rähne an der Windenburger Ede gesunken. Von dem einen Rähne wurde der Besizer fortgespült und ertrank, ebenso ertranken zwei Kinder, die sich in der Kajüte befanden, während die Frau des Schiffers und der älteste Sohn durch einen Matrosen gerettet wurden. Ob von dem anderen gesunkenen Rähne Verluste an Menschenleben zu beklagen sind, ist noch nicht festgestellt.

Osnabrück, 19. Juli. Der Nestor der deutschen Psychiater, Geh. Rat Professor Mayer, ist im Alter von 87 Jahren gestorben.

Nachen, 19. Juli. In den Saarstädten sind, laut „Verl. Tagbl.“, französische Werber bemüht, Militärpersonen zur Desertion und zum Eintritt in die Fremdenlegion zu betanlassen. Zwei Musiketiere sind bereits verschwunden.

Darmstadt, 18. Juli. Zum Rektor der Landesuniversität Gießen wurde von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog für die Zeit vom 30. Oktober 1906 bis 30. September 1907 der Professor der medizinischen Fakultät, Geh. Medizinalrat Dr. G. Bestrom, ernannt.

Strasbourg, 18. Juli. In der heutigen Gemeinderatssitzung gab vor Eintritt in die Tagesordnung das Gemeinderatsmitglied Geiler die Erklärung ab, daß die bei der Amstieniederlegung des Bürgermeisters Ezg. Dr. Bad von dem Mitgliede Balz gesprochenen Worte nicht „im Namen und im Auftrage sämtlicher Gemeinderatsmitglieder“ an den Bürgermeister gerichtet seien. Von der sozialdemokratischen Fraktion sei er nicht dazu ermächtigt worden.

Wien, 19. Juli. Die Gattin und das Dienstmädchen des Redakteurs Suchanek vom Wiener „Neuigkeiten-Weltblatt“, sowie ein vierjähriges Kind sind beim Nahfahren auf der Thaya (Mähren) ertrunken.

Oberkorn, 19. Juli. Ein Bergführer fand beim Abstieg vom hohen Jfer den um Hilfe rufenden Touristen Dr. Höfer aus Koburg, der vorgefunden etwa um 12 Uhr abgestürzt war und Verletzungen erlitten hatte. Dr. Höfer wurde nach Oberkorn gebracht.

Genf, 19. Juli. Wie hier verlautet, wird Major Drehfus um einen zweimonatigen Urlaub nachsuchen und sich dann sofort nach Genf begeben, wo ihm von einem Freunde eine hübsche Villa am See zur Verfügung gestellt wurde. Drehfus wird seinen Dienst wahrscheinlich erst Ende September antreten.

Bern, 18. Juli. Aus Martinsburg, Kanton Valais, wird gemeldet, daß in der Schlucht Tete noire ein Brückensteig in dem Augenblick einbrach, als der Bergführer Lucien Balmez mit einem auf der Hochzeitsreise befindlichen Ehepaar darüber schritt. Alle drei stürzten in die Tiefe. Die Gerichtsbehörden begaben sich an Ort und Stelle. — Nach weiteren Meldungen verschiedener französischer Blätter soll das in der Tete-noire-Schlucht bei Martinsburg verunglückte Ehepaar französische Hochzeitsgäste sein.

Rom, 19. Juli. Der Papst verlegte sich ziemlich heftig mit einer Stahlfeder am rechten Auge.

Rom, 18. Juli. In Fondi bei Gaeta steht, lt. „Frankf. Ztg.“, ein eigenartiger Ausfall bevor. Die dortigen Ämnen des Fintelhauses drohen, weil sie seit zwei Monaten keine Bezahlung erhielten, die Arbeit niederzulegen.

Goeteborg, 19. Juli. Eine Finanzkommission, darunter L. Behrens und Söhne in Hamburg, F. W. Krause u. Co. und E. Weichroeder in Berlin, hat mit der Stadt Goeteborg ein Uebereinkommen, betreffend die Aufnahme einer Aproz. Anleihe von 15 Millionen, getroffen.

London, 18. Juli. Lady Curzon, die frühere Vizekönigin von Indien, eine Tochter des bekannten Chicagoer Millionärs Leiter, ist heute abend gestorben.

London, 19. Juli. „Daily Telegraph“ zufolge, ist in den mittleren Gebieten von Japan eine große Ueberflutung eingetreten. Die Eisenbahnen sind unterbrochen. Die Gegend von Kofu ist in einen ungeheuren See verwandelt. Eine große Anzahl von Menschen ist umgekommen. Man glaubt, daß der Sachschaden sich auf mehrere Millionen Yen beläuft. Die Bevölkerung hat in den Tempeln und Theatern Zuflucht gesucht, viele sind auf die Häuser geflüchtet und rufen um Hilfe. In Mantsumoto sind etwa 4000 Gebäude überschwemmt. Das Kupferbergwerk steht unter Wasser.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 19. Juli 1906.

Ueber dem nordwestlichen Meer ist eine Depression erschienen und hat den Kern des hohen Druckes, der gestern noch ganz Mitteleuropa bedeckte, nach dem Südosten verdrängt. In Deutschland war das Wetter am Morgen noch heiter und sehr warm, doch sind Zunahme der Bewölkung, Gewitterregen und etwas kühlere Bitterung zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 19. Juli 1906, früh.

Lugano heiter 19 Grad; Biarritz bedeckt 20 Grad; Nizza wolkenlos 23 Grad; Triest wolkenlos 25 Grad; Florenz wolkenlos 22 Grad; Rom wolkenlos 21 Grad; Cagliari wolkenlos 21 Grad; Brindisi wolkenlos 23 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Himmel
18. Nachts 9 ⁰⁰ U.	749.5	23.7	16.3	75	E	wolkig
19. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	750.4	22.8	10.9	53	SW	heiter
19. Mittags 7 ⁰⁰ U.	748.5	30.7	11.7	36	"	"

Höchste Temperatur am 18. Juli: 30.3; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 19.5.

Niederschlagsmenge des 18. Juli: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 19. Juli, früh: Schutterinsel 3.34 m, gefallen 3 cm; Rehl 3.69 m, gefallen 5 cm; Waxau 5.35 m, gefallen 10 cm; Mannheim 5.16 m, gefallen 19 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



Spezial-Fabrikat für Qualitäts-Raucher.

Deutsche Botschafts-Zigarre

milde angenehme Qualitätsmarke. Probebeutel Mk. 5.80.
Musterkistchen gegen Mk. 1.—, auch in Briefmarken.
E. P. Hieke, Grossh. Hoflieferant
Karlsruhe, Kaiserstraße 215. T. 355.26.15

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Kurze Darstellung des Badischen Verwaltungsrechts

Preis brosch. Mk. 3.80.

Nach einer Einleitung über die Entstehung des badischen Verwaltungsgebietes, Quellen und Literatur des badischen Verwaltungsrechts behandelt das Werk in drei Abschnitten die Organisation der Verwaltung, die Verwaltung der inneren Angelegenheiten und die Verwaltung der Finanzen in einer klaren, übersichtlichen Weise, die es in besonderer Weise geeignet erscheinen lassen, von badischen Rechtsstandbehalten als kurzes Lehrbuch in die Hand genommen zu werden. Aber auch dem praktisch tätigen Juristen wird es die rasche Kenntnisnahme der einschlägigen Dinge erleichtern.

Strassburger Post 1904, Nr. 106.

Die Vorschriften über die Ausbildung der Juristen in Baden

auf Grund der Landesherlichen Verordnung vom 17. November 1899 (in der Fassung der Landesherlichen Verordnung vom 27. August 1903) unter Berücksichtigung aller sonstigen einschlägigen Bestimmungen erläutert von Dr. Hermann Weischer, Großh. Staatsanwalt. Zweite neu bearbeitete und erweiterte Auflage. (Mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister.) Preis brosch. Mk. 3.—

Auch in der 2. Auflage wird das Werk den angehenden Juristen und Verwaltungsbeamten ein wertvoller Führer und allen Stellen, bei denen Praktikanten und Referendare beschäftigt werden, ein willkommenes Hilfsmittel sein.

Zeitschrift für bad. Verwaltung 1904, Nr. 4.

Der Verwaltungsaktuar. Leitfaden zur Vorbereitung auf die Prüfung der Verwaltungsaktuare.

Veröffentlicht mit Genehmigung Großh. Ministeriums des Innern von Geh. Oberregierungsrat Freiherr von Bodman. Zweite Auflage. Durchgesehen von Oberamtmann Jacob. Preis gebd. Mk. 2.80.

Nachtrag, enthaltend die neueren Bestimmungen über Feuerversicherung. Preis Mk. —.30. Außer für das Examenstudium wird das Werkchen auch allen denjenigen dienlich sein, welche das weite Gebiet unserer Staatsverwaltung näher kennen zu lernen beabsichtigen. Es scheint uns deshalb diese Bearbeitung auch insbesondere empfehlenswert für Gemeindebeamte, hauptsächlich auch für Bürgermeister und Ratsschreiber.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verlust der uns betroffen hat, sagen wir innigsten Dank.

Karlsruhe, den 19. Juli 1906.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Mina Dietrich Wwe.

B. 826

Ich suche

per 1. Oktober event. früher

Vertrauens-Stellung.

Bin 42, ledig, war 3 Jahre in Brüssel, 17 Jahre in London und hatte während der letzten 14 Jahre die Generalvertretung für England, mit großem Konfigurationslager, der Ersten Karlsruher Parfümerie-Fabrik, welche ich mit Erfolg in England eingeführt habe.

Prima-Referenzen zur Verfügung. Gefl. Mitteilungen an:

C. Fritsch, 49 Theobalds Road, London, W. C.

(Bis zum 28. d. treffen mich Briefe in Karlsruhe, Amalienstr. 44.)

Einladung.

Am Donnerstag den 2. August 1906, vormittags 10 Uhr findet im Rathsaussale dahier eine Generalversammlung der Aktionäre der Lahrer Eisenbahngesellschaft statt mit folgender Tagesordnung:

1. Die Verstaatlichung der Bahn betr.
 2. Bericht über die Abrechnung für 1905, Anerkennung derselben.
 3. Bericht der Prüfungskommission über den Befund der Rechnung für 1904.
 4. Wahl der Prüfungskommission für die Rechnung 1905.
- Die Aktionäre werden zu dieser Versammlung unter Hinweis auf § 20 der Statuten, wonach diejenigen stimmberechtigt sind, welche ihre Aktien zu mindestens fünf Stück acht Tage vor der Versammlung auf dem Geschäftszimmer des Verwaltungsrats hinterlegt haben, eingeladen.

Der Verwaltungsrat der Lahrer Eisenbahngesellschaft.
Dr. Altfeilz.

Zur Feier der goldenen Hochzeit des badischen Fürstenpaares
Grosse Landesausstellung
für Landwirtschaft und Gartenbau
19.—24. September 1906.
Auskunft Rathaus Karlsruhe.

Hilfsarztstelle.

An der Großh. badischen Landesirrenanstalt Illenau ist die Stelle eines Hilfsarztes zu besetzen. Die Anfangsvergütung beträgt 1800 Mark bar neben völlig freier Station I. Klasse. Zulagen nach Ablauf des ersten Jahres 200 M. und nach Ablauf jeden weiteren Jahres je 100 M. Spezialärztliche Ausbildung erwünscht, jedoch nicht unbedingt erforderlich. Bewerbungen nebst Zeugnissen und Curriculum vitae wollen alsbald an die Direktion eingesandt werden.

Illenau, den 16. Juli 1906.

Großh. Direktion der Heil- und Pflegeanstalt.
Dr. Schäfer.

Stadtgarten-Theater

Karlsruhe.

Freitag den 20. Juli 1906:
Der Rastelbinder.

Operette in einem Vorspiel und 3 Akten von Franz Lehár.

Bürgerliche Rechtsfreite.

Deffentliche Zustellung einer Klage.
B. 787.2.2. Nr. 21840. Heidelberg.
Freiherr Philipp Wambold von Umstadt in Birkenau bei Weinheim, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Helm und Dr. Mousfang in Heidelberg, klagt,

gegen den Handelsgärtner Karl Friedrich Salrein, früher in Heidelberg, jetzt an unbekanntem Ort abwesend, unter der Behauptung, daß der Beklagte aus dem Pachtvertrag vom 28. Februar 1906 noch rückständig 86 M. 42 Pf. schulde, sowie für 62 M. 70 Pf. Kosten für Geltendmachung seines gesetzlichen Pfandrechts als Vermieter ersatzpflichtig sei, mit dem Antrage auf kostenfällige Beurteilung des Beklagten durch vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urteil zur Zahlung von 149 M. 12 Pf. nebst 4 Proz. Zins vom Klagezustellungstage an und auf Räumung des Pachtgrundstücks Nr. 2179.

Der Kläger ladet den Beklagten Salrein zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht Heidelberg auf:
Dienstag den 13. November 1906, vormittags 9 Uhr, II. Stock, Zimmer Nr. 18.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Heidelberg, den 16. Juli 1906.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Mittelmann.

Deffentliche Zustellung einer Klage.

B. 781.2.2. Nr. 14594. Karlsruhe.
Die Kaufmann Johann Weisbrod & Heßler, Katharina geb. Derheimer zu Karlsruhe, Fasanenstr. 3, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Schneider alda, klagt gegen ihren genannten Ehemann, jetzt unbekannt wo, früher zu Karlsruhe, auf Grund der Vorschriften der §§ 1567 Abs. 2 Ziff. 2, 1568 B.G.B. mit dem Antrage auf Scheidung der am 1. September 1894 in Bingen geschlossenen Ehe der Streittheile aus Verschulden des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf Dienstag den 6. November 1906, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 14. Juli 1906.
Hartmann,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Aufgebot

B. 794.2.2. Meßkirch. Der Schlossverwalter Fabel Herzog in Krauchenwies hat für sich und als Bevollmächtigter des Gregor Herzog in Oberschneien und des Josef Herzog in Littenhofen beantragt, den verschollenen Lorenz Herzog, Schuhmacher, geboren am 10. August 1844 zu Kreinhelmstetten, Bruder des Antragstellers, zuletzt wohnhaft in Kreinhelmstetten, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Montag den 1. April 1907, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 5, anderaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung,

spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Meßkirch, den 9. Juli 1906.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Ballweg.

Aufgebot

B. 824.2.1. Nr. 33220. Pforzheim. Die Gottlieb Lamparter, Witwe, Marie Friederike geborene Weber hier, vertreten durch Schuhmachermeister Karl Schneider hier, hat beantragt, die nachbenannten verschollenen, zuletzt in Pforzheim wohnhaften Personen für tot zu erklären:

1. den im Jahre 1885 zu Wilsberg geborenen, 1880 nach Amerika ausgewanderten Tagelöhner Wilhelm Röhner und
2. den am 23. November 1863 zu Neumstetten geborenen Hafner Karl Röhner (früher Weber).

Die Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch den 13. Februar 1907, vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 19, anderaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.
Pforzheim, den 14. Juli 1906.

Lohrer,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

B. 820. Nr. 9788. Müllheim. Ueber das Vermögen des Goldarbeiters Karl Kallmann in Müllheim wurde heute am 18. Juli 1906, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsagent Stiejbatter in Müllheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 11. August 1906 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anderaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Samstag den 18. August 1906, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 11. August 1906 Anzeige zu machen.
Müllheim, den 18. Juli 1906.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Gnädig.

Konkursöffnung.

B. 821. Nr. 15390. Billingen. Ueber das Vermögen des Viehhändlers Ulrich Steidinger in Mühlweller wurde heute am 17. Juli 1906 das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner keine Zahlungen eingestellt hat.

Der Rechtsanwalt Scholz hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 8. August 1906 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde Termin anderaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag den 14. August 1906, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 8. August 1906 Anzeige zu machen.
Billingen, den 17. Juli 1906.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Bernauer.

B. 828. Nr. 4484. Raftatt. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Rothenfels belegene, im Grundbuch von Rothenfels zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Architekten Wilhelm Steuth in Auerbach a. d. Bergstraße, jetzt an unbekanntem Ort abwesend, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

Samstag den 15. September 1906, vormittags 10 Uhr, durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Rothenfels versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Juni 1906 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Eintragung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Beschreibung des zu versteigernden Grundstücks:

Grundbuch Rothenfels Bb. 15 Heft 13, Lgh. Nr. 347 d, B.B. I, Nr. 1. 16 ar 25 qm Hofreite und Hausgarten im Dreiseiter.

Auf der Hofreite steht ein 1/4stöckiges Wohnhaus mit Balkenfeller und Holzstuhl, westlich des Hauses ein zweistöckiger Wohnungsanbau. — Landhaus — Schätzung 17 000 M.

Raftatt, den 17. Juli 1906.
Großh. Notariat III
als Vollstreckungsgericht.
Kellner.

B. 802. Karlsruhe. Kaufmann Fibor Bernheimer in Gallingen, geboren daselbst am 7. Juni 1878, hat um die Ermächtigung zur Änderung seines Vornamens in „Bernmann“ nachgesucht. Etwasige Einwendungen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen drei Wochen dahier geltend zu machen.

Karlsruhe, den 13. Juli 1906.
Gr. Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Aus Auftrag:
Treßler.

B. 822. Nr. 11 031. Ueberlingen. Ueber den Nachlaß der am 2. Juni d. J. zu Meersburg verstorbenen ledigen Karoline Widmer von Meersburg wurde unterm 13. d. M. gemäß § 1981 B.G.B. die Nachlassverwaltung angeordnet.

Zum Nachlassverwalter wurde Waisenrat Frey in Meersburg bestellt. Ueberlingen, den 17. Juli 1906.
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts: Deegen.

Ausschluß Urteil.
B. 823. Nr. 1198. Pforzheim. Durch Urteil Großh. Amtsgerichts Pforzheim vom 10. Juli 1906 wurde das auf den Namen des Weingärters Johann Gohweiler in Niefen ausgesprochene Sparfassenbuch der badischen Sparkasse Pforzheim Nr. 28913 jetzt H 930 über 819 M. 99 Pf. für kraftlos erklärt.

Pforzheim, den 10. Juli 1906.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Lohrer.

Offene Gehilfenstelle.
Bei der unterfertigten Verwaltung ist eine weitere Gehilfenstelle mit einem Anfangsgehalt von 1200 M. alsbald zu besetzen.

Bewerber, die mit Bureauarbeiten einer Armenverwaltung vertraut sind, wollen ihre Gesuche unter Anfügung von Lebenslauf und Zeugnissen bis längstens 30 d. M. anher einreichen.
Pforzheim, den 18. Juli 1906.
Armenverwaltung:
Dr. Schweidert.

Bekanntmachung.
Die Prüfung in den Fächern der speziellen theoretischen Vorbereitung der Forstfachkandidaten betr.

Die diesjährige Prüfung in den Fächern der speziellen theoretischen Vorbereitung der Forstfachkandidaten beginnt:

Montag den 1. Oktober d. J. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind spätestens bis 15. September d. J. mit Vorlage der nach Artikel 5 Abs. 1 der landesherrlichen Verordnung vom 14. März 1879 (Ges. u. B. Bl. S. 158) bezw. § 1 der landesherrlichen Verordnung vom 19. Juni 1889 (Ges. u. B. Bl. S. 101) erforderlichen Zeugnisse, sowie der Studienzeugnisse über die in Artikel 4 Absatz 1 der erlgenannten bezw. § 1 der letztgenannten Verordnung erwähnten Fächer bei der Großh. Forst- und Domänendirektion einzureichen, welche über die Zulassung entscheiden wird.

Karlsruhe, den 9. Juli 1906.
Schäfer.

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die

Am 9. d. M. ist die